

Ein Jahr Föderalismusreform: Ruf nach Änderung

„Konvent für Deutschland“ regt andere Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern an

BERLIN (dpa). Ein Jahr nach Inkrafttreten des ersten Teils der Föderalismusreform hat der „Konvent für Deutschland“ um Alt-Bundespräsident Roman Herzog den Bund und die Länder dazu aufgerufen, mit dem anstehenden zweiten Teil grundlegende Veränderungen durchzusetzen. In einem gestern in Berlin vorgestellten 13-Punkte-Papier fordert das Gremium unter anderem, den derzeitigen Länderfinanzausgleich abzuschaffen und durch Bundeszuweisungen zu ersetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warb für die weitere Unterstützung schwacher Bundesländer durch starke, SPD-Vorstandsmitglied Christoph Matschie kritisierte die bisherigen Reformschritte.

Der erste Teil der Föderalismusreform war am 1. September 2006 in Kraft getreten. Im



Klaus von Dohnanyi erläutert das Thesenpapier des Konvents für Deutschland zum Föderalismus. Im Hintergrund Konvent-Vorsitzender Roman Herzog. Foto: Brakemeier

März berät eine Bund-Länder-Kommission über eine Föderalismusreform II zur Entflechtung der komplizierten Finanz-

ströme zwischen Bund und Ländern.

Der 14-köpfige „Konvent für Deutschland“, der sich als überparteiliches Beratergremium versteht, fordert neben der Abschaffung des Finanzausgleichs auch Verschuldungsverbote für Bund und Länder. Ferner sollten die Länder die Gesetzgebungskompetenz für alle Steuern erhalten, deren Einnahmen ihnen vollständig zustehen. Herzog als Vorsitzender des Konvents mahnte zur Eile: Die große Koalition biete die „fast einmalige Chance“ für eine verfassungändernde Mehrheit. Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ergänzte: „Wir haben die große Sorge, dass sich die politische Diskussion auf den Einbau einer Verschuldungsbremse beschränkt.“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mahnte in Berlin

aber auch an, gleichwertige Lebensverhältnisse sollten bei der Reform oberste Priorität haben. Ein Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards schade den Bürgern.

Matschie zog eine negative Bilanz des ersten Reformteils: „Ein Jahr nach Inkrafttreten sind keine Vorteile zu erkennen. Die Nachteile treten dagegen deutlich zu Tage“, sagte der Thüringer SPD-Vorsitzende. Vor allem in der Bildungspolitik, aber auch im Umweltbereich fehlten bundesweit einheitliche Standards. „Gebäude ist ein Fleckenteppich, der wenig Sinn macht.“ Thüringens Ministerpräsident Dieter Alshaus (CDU) verteidigte dagegen die Regelungen: „Damit hat der Föderalismus in Deutschland nach langen Jahren wieder seine Handlungsfähigkeit bewiesen.“